

Ergebnisprotokoll

der 8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Zoom-Meeting)

(IX. Wahlperiode)

am 10.12.2020

Tagungsort: Videokonferenz

Beginn: 11:40 Uhr **Ende:** 12:05 Uhr

Teilnehmende: Frau Jäger, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

Herr Böttcher

Herr Kandziorowsky

Frau Rinn

Herr Engemann

Herr Kötter i.V.

Herr Swirschuk

Herr Fiedler

Herr Kraft

Frau Wucherpfennig

Herr Gerfelder i. V.

Frau Loizides

Herr Wysocki

Herr Göllner i.V.

Herr Dr. Rahn

Herr Yilmaz

Fraktionsgeschäftsführer/innen: Herr Röttger
Herr Vogt

Fraktionsvorsitzende: Herr Schindler

Obere Landesplanungsbehörde: Herr Dr. Beck
Herr Bleher
Frau Güss
Herr Hennig
Herr Langsdorf
Frau S. Mahler

Firma Segmüller Herr Paprzycki

Schriftführerin: Frau Barthel

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
2. Vierte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 - Neufassung von Planziffern Durchführung der 2. Beteiligung - **Drs. Nr. IX / 119.4**
3. Antrag der Stadt Bad Vilbel auf Abweichung von den Zielen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 im Sinne des § 6 Raumordnungsgesetz (ROG) und § 8 Hessisches Landesplanungsgesetz (HLPG) im Bereich „Quellenpark“ (Im Schleid) **Drs. Nr. IX / 123.1**
4. Anfragen und Mitteilungen

Zu TOP 1: Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

Die Vorsitzende, **Frau Claudia Jäger**, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter des Regierungspräsidiums Darmstadt und Herrn Paprzycki (Jurist der Firma Segmüller) der als Gast an der Sitzung teilnahm um für Fragen zu TOP 3, zur Verfügung zu stehen. Des Weiteren freute sich Frau Jäger, dass in dieser herausfordernden Zeit die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr in Form eines Zoom-Meetings stattfände. Zwar würden heute keine Beschlüsse gefasst, jedoch könne man sich über die, für diesen Fachausschuss vorgesehenen, Vorlagen austauschen. In einer kurzen Einführung in die Verfahrensweise erklärte Frau Jäger, dass wer von den Mitgliedern das Wort wünsche, solle dies bitte unter Zuhilfenahme des entsprechenden tools anzeigen. Frau Jäger stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist und gegen die vorgeschlagene Tagesordnung keine Einwendungen erhoben werden. Das Protokoll der vergangenen Sitzung wurde genehmigt.

Zu TOP 2: Vierte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 - Neufassung von Planziffern; Durchführung der 2. Beteiligung - **Drs. Nr. IX / 119.4**

Frau Jäger fragte, ob es von Seiten der Verwaltung Erläuterungsbedarf zu dieser Vorlage gäbe. Da dies nicht der Fall war, bat Frau Jäger die Mitglieder um Wortmeldungen.

Herr Röttger, CDU-Fraktion, erklärte, dass seine Fraktion die Vorlage der Verwaltung zustimme. Sie stelle in hohem Maße dar, dass man in zentralen Punkt den Vorschlägen der Regionalversammlung gefolgt sei, nämlich dem der Aufgabe der Dichtewerte für den Ballungsraum.

Herr Gerfelder, SPD-Fraktion, könne für seine Fraktion ähnliches vermelden. Man habe mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, dass die eher unbegründete Festlegung einheitlicher Dichtewerte im Ballungsraum FrankfurtRheinMain aufgegeben wurde, sodass damit der Anregung der Regionalversammlung, des Regionalverbandes sowohl einiger Kommunen Rechnung getragen wurde. Ebenso greife die Stellungnahme der Verwaltung den Punkt der Versorgung von Mittel- und Kleinzentren auf, welcher von der Regionalversammlung als enorm wichtig erachtet wurde. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Auch **Herr Böttcher, Fraktion Die Grünen**, signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zu der Vorlage. Den Ausführungen seiner Vorredner könne er sich anschließen.

Da keine Wortmeldungen mehr vorlagen schloss **Frau Jäger** die Beratung des TOP ohne Beschlussempfehlung ab.

Zu TOP 3: Antrag der Stadt Bad Vilbel auf Abweichung von den Zielen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 im Sinne des § 6 Raumordnungsgesetz (ROG) und § 8 Hessisches Landesplanungsgesetz (HLPG) im Bereich „Quellenpark“ (Im Schleid) - **Drs. Nr. IX / 123.1**

Frau Jäger stellte fest, dass die Vorlage und deren Vorgeschichte ausführlich im Gremium bekannt sei und fragte, ob es von der Verwaltung Erläuterungsbedarf zur Vorlage gäbe. Da dies nicht der Fall war, fragte Frau Jäger nach Wortmeldungen der Ausschussmitglieder.

Herr Röttger, CDU-Fraktion, zeigte sich erfreut darüber, dass man nach der langen und schwierigen Vorgeschichte nun entscheidend vorangekommen sei. Er würdigte die Vorlage der Verwaltung als ausgezeichnet.

Herr Böttcher, Fraktion Die GRÜNEN, erklärte, dass seine Fraktion die Vorlage in der jetzigen Form nicht für zustimmungsfähig halte. Die Situation des Einzelhandels in den Stadtzentren habe sich in der letzten Zeit nochmals deutlich verschärft. Es handle sich hierbei um ein großes Projekt bei der sich seine Fraktion frage, ob die behauptete teilintegrierte Lage überhaupt gegeben sei. Man sehe andere Einzelhandelsstandorte in den Stadtzentren insbesondere durch die Randsortimente massiv gefährdet. Auch in den Stellungnahmen der umliegenden Kommunen würde dieses Projekt eher kritisch gesehen. Die GRÜNEN-Fraktion werde der Vorlage in der beantragten Form weiterhin nicht zustimmen.

Für die **SPD-Fraktion** führte **Herr Gerfelder** aus, dass man der Vorlage zustimmen werde, gerade weil die Kritikpunkte aus dem „alten“ Verfahren hinsichtlich der zentrenrelevanten Randsortimente jetzt ausgeräumt wären und die Vorlage eine Begrenzung der Randsortimente auf 800 m² vorsieht, somit sei dem Anspruch seiner Fraktion genüge getan.

Herr Böttcher, Fraktion DIE GRÜNEN, fand nicht, dass die Problematik der Randsortimente gelöst sei. Die Vorlage weise auf Seite 3 zwar neben den nicht zentrenrelevanten Sortimenten für die zentrenrelevanten Randsortimente eine Höchstgrenze von 800 m² aus. Aber auch nach Ansicht der Bauaufsicht des Wetteraukreises sei die Einhaltung dieser Obergrenze, auf Grund der Vielfältigkeit dieser Sortimente, nur mit sehr hohem Aufwand zu überwachen. Herr Böttcher kritisierte, dass die Randsortimente nicht auf bestimmte Flächen begrenzt seien und somit die Übersicht über die Einhaltung der Höchstgrenze erschwert würde.

Herr Göllner, SPD-Fraktion, stellte Herr Paprzycki die Frage, ob von Seiten der Fa. Segmüller ein solches Handeln, die Randsortimente im Möbelhaus nicht auf bestimmte Flächen zu konzentrieren und damit die Übersicht zu erschweren, beabsichtigt wäre.

Herr Paprzycki, Fa. Segmüller, wies diese Praxis von sich. Er erläuterte, dass im Hause Segmüller das Randsortiment auf bestimmte Bereiche konzentriert wäre. Die Unternehmensphilosophie besage, das jedes Sortiment auf einer dafür vorgesehenen Fläche vorgehalten werde.

Der Wettbewerb der Produktmanager schließe es aus, dass untereinander auf die Verkaufsflächen zugegriffen werde. Auch die Vergütung der Produktmanager richte sich nach dem erwirtschafteten

Umsatz, den jeder von ihnen auf seiner Verkaufsfläche macht. Von daher läge es nicht in deren Interesse Flächengrenzen zu überschreiten.

Die Vorgaben würden anhand von Flächenplänen von Innenarchitekten erstellt, in denen jedem Verkäufer eine Fläche zugewiesen sei. Diese Pläne könnten jederzeit generiert und der Bauaufsicht zur Verfügung gestellt werden. Somit wäre die größtmögliche Transparenz gegeben.

Zur Klarstellung erläuterte **Herr Wysocki, SPD-Fraktion**, dass die Zusammensetzung des Randsortiments dem jeweiligen Möbelhaus obliege. Das Sortiment dürfe aber insgesamt eine Verkaufsfläche von 800 m² nicht überschreiten.

Herr Röttger, CDU-Fraktion, merkte nochmals zur Historie an, dass die CDU,- SPD- und die FDP-Fraktion auch in der Vergangenheit unter der Voraussetzung, dass das Randsortiment auf 800 m² Verkaufsfläche begrenzt würde, dem Projekt zugestimmt hätten. Nachdem diese Forderung nun umgesetzt sei, wäre die Haltung der Fraktionen aus CDU, SPD und möglicherweise auch FDP seiner Meinung nach klar.

Frau Rinn, FDP-Fraktion, schloss sich der Ansicht von Herrn Röttger an und signalisierte auch für Ihre Fraktion Zustimmung.

Frau Jäger, dankte den Rednern und stellte fest, dass auch dieser TOP ohne Beschlussempfehlung bliebe.

Zu TOP 4: Anfragen und Mitteilungen

Herr Dr. Beck gab zu Protokoll, dass keine Mitteilungen und Anfragen gäbe.

Da keine Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss **Frau Jäger** um 12:05 Uhr die Sitzung.

Die Vorsitzende des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr



Claudia Jäger

Die Schriftführerin

gez. Manuela Barthel

Manuela Barthel